



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechszeiligen Zeile in Beilage 2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten die Befolgung der Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 68. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 10. Februar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 9. Februar).

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Am Ministertisch die Minister Camphausen und Dr. Henrichs, Ministerial-Director Weichaupt u. A.

Tagesordnung: 1. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Beihilfe des Staats an dem Unternehmen einer die Stadt Berlin durchschneidenden Eisenbahn nach Charlottenburg.

In der allgemeinen Besprechung erklärt sich Abg. Dr. Birchow gegen die Vorlage, die er als eine Monstruosität ersten Ranges bezeichnet. Einige Mitglieder des Hauses hätten dieselbe allerdings gleichsam für eine Lebensfrage des preussischen Staates gehalten und dieses Unternehmen gewissermaßen als ein neues Wunder der Welt betrachtet, das der Hauptstadt des Deutschen Reiches würdig sei. Da indes ein so großes Geldinteresse hierbei im Spiele ist, so wäre es ihm (Redner) viel angenehmer gewesen, wenn man diese ganze Angelegenheit etwas objectiver und im Allgemeinen etwas kühler behandelt hätte. Es wäre jedenfalls richtiger gewesen, wenn man die Rentabilität des Unternehmens etwas mehr in's Auge gefaßt, ehe man sich auf diese fernliegenden Dinge eingelassen hätte. Wenn er sich den Kern der ganzen Angelegenheit näher ansehe, so finde er, daß die Staatsregierung, indem sie in einer unbewachten Stunde einem Gründungscomité die Erlaubnis erteilte, die zu diesem schwierigen Unternehmen geführt, sich dadurch selbst engagirte für ein Unternehmen, welches sie selbstständig zu übernehmen nicht die Courage hatte, und wenn sie sich nicht daran betheiligte, dasselbe als einfach in den Brunnen gefallen zu betrachten sei.

Er (Redner) meine aber, wenn diese Anlage eine gute, nützliche oder gar notwendige wäre, die Staatsregierung einfach dem Landtage eine Vorlage hätte machen können, um so das ganze Unternehmen aus Staatsmitteln zu fundiren. Im Uebrigen finde er in der Anlage einer Eisenbahn mitten durch die Stadt keineswegs so große Vortheile für den Verkehr. Die Regierung selbst scheine dies gefühlt zu haben; denn sie suche das ganze Project namentlich auch dadurch zu empfehlen, daß durch die Ausführung desselben zugleich ein alter Festungsgraben zugeschüttet werde. Redner wendet sich schließlich noch zu der juristischen Seite der Vorlage, indem er ausführt, daß man durch dieselbe ein vollständig neues Recht schaffe. Das sei auch schon in der Commission anerkannt worden; man suchte sich jedoch damit zu helfen, daß man sagte, es handle sich hier um eine neue Form des wirtschaftlichen Lebens, an welche man bei Erlaß des Actengesetzes nicht gedacht habe. Das Merkwürdige dabei sei aber, daß diese neue Form auf ein Haar so aussehe, wie eine Umgestaltung des Gesetzes. Und für diese neue Form des wirtschaftlichen Lebens habe die Regierung nichts weiter anzuführen gewußt, als daß die Sache nicht gerade gegen das Gesetz wäre. Wollte die Regierung die Sache selbst in die Hand nehmen, dann würde er gerne bereit sein, seine Hand zur Mitwirkung zu bieten; für das vorliegende Project aber könne er nicht stimmen und bitte er deshalb auch das Haus um Ablehnung einer Vorlage, die eine Gesetzwirkung involvire.

Handelsminister Dr. Henrichs: Es ist sehr leicht sich einer großen Schöpfung gegenüber auf den negativen Standpunkt zu stellen, aber dadurch kann sich die Regierung durchaus nicht beirren lassen. Würde sich die Regierung ebenfalls auf diesen Standpunkt stellen und die gemeinnützigen Unternehmungen des Landes negiren, so würden die Quellen des Wohlstandes sehr bald versiegen. Der Herr Vorredner spricht von einem Wechsel in der Auffassung insofern, als man zuerst das Hauptgewicht auf den Verkehr der Stadt Berlin, dann wieder auf die Verbindung zwischen Süd und West gelegt habe. Die Sache liege aber einfach so, daß an die Regierung die Frage herantrat, ob sie in ein für die Stadt Berlin wohlthätiges Project, dessen Ausführung zu einer Unmöglichkeit geworden war, ihrerseits eintreten solle. Hierbei kam zuerst in Betracht, ob die Regierung dem ganzen Lande zumuthen könne, für diese Berliner Verkehrsbahn einzutreten und da konnte allerdings nur die directe Verbindung zwischen Süd und West entscheidend sein.

Hierauf konnte die Staatsregierung nicht die Verantwortung übernehmen, ein anerkannt für Berlin wohlthätiges und im Interesse des ganzen Landes liegendes Project scheitern zu lassen. Auf die Aeußerung des Herrn Vorredners, daß es sich darum handle, eine Actien-Gesellschaft zu retten, kann ich nur erwidern, daß dies auch nur im geringsten die Ursache dieses Unternehmens gewesen ist. So viel, wie ich weiß, hat die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mit einem Grundkapital von 5 bis 6 Millionen Thalern sich dadurch in eine schiefe Lage gebracht, daß sie Grundstücke im Betrage von 13 bis 14 Millionen angekauft hat, welche für das Unternehmen nicht notwendig waren. Der Minister geht schließlich auf die juristischen Bedenken des Vorredners ein, um zu constatiren, daß die Angelegenheit von vier hervorragenden Juristen geprüft und correct gefunden worden sei. Er bitte um möglichst einstimmige Annahme der Vorlage.

Nachdem noch Abg. v. Benda ebenfalls für die Vorlage gesprochen, wird der Gesetzentwurf mit großer Majorität angenommen.

Es folgt

II. Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 50,000,000 Thlr. zur Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes.

Unter großer Unruhe des Hauses befürwortet Abgeordneter v. Wedell-Behlingsdorf ein von der Stadt und dem Kreise Pritz angeregtes Eisenbahnproject, das Redner als eine Lebensfrage für diese Gegend, wo ein Verkehrsnotstand der allergrößten Art vorhanden sei, bezeichnet. — Abg. Berger (Witten) erklärt, daß er es der Würde des Hauses nicht für angemessen halte, in diesem Augenblick noch für einen so wichtigen Gegenstand, bei welchem es sich um 50 Millionen handle, das Wort zu ergreifen, er verzichte deshalb auf dasselbe.

Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung wird abgelehnt und nach kurzen Bemerkungen des Abgeordneten v. Benda, der sich seine Erklärungen für die Commissionsberathung vorbehält und des Handelsministers wird die Discussion geschlossen und die Vorlage einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Dann vertagt das Haus die Sitzung auf morgen 10 Uhr. Tages-Ordnung: Expropriationsgesetz für die neuen Landestheile; das Gesetz, betreffend die Erweiterung der Zinsgarantie für die Halle-Vorhausen-Casseler Eisenbahn; Gesetzentwurf, betreffend die Ausführung der Kreisordnung bezüglich der Grafschaft Havelberg-Wernigerode.

Schluß 1 1/2 Uhr.

Berlin, 9. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Consul des Deutschen Reichs, Ritter von Mallmann zu Wien, den königlichen Kronorden dritter Klasse verliehen.

Der Oberpostdirections-Secretär Friesland in Stettin ist zum kaiserlichen Postinspector ernannt worden.

Se. Majestät der König hat dem Ober-Consistorial-Rath, Professor Dr. Zweiten hieselbst die nachgelagte Entlassung aus dem Amtsverhältnisse eines Mitglieds des Evangelischen Ober-Kirchenraths erteilt.

Se. Majestät der König hat dem Regierungsrath Rude in Breslau den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen; dem Regierungsrath George Albert Franz von Hippel in Gumbinnen bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Geheimer Regierungsrats beigelegt; und dem Regierungsrath-Hauptkassier a. D. Baumgardt zu Breslau den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Berlin, 9. Febr. [Frei Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in der 5. Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins anwesend, und wohnte gestern dem Gottesdienste in der Garnisonkirche bei. — Ihre Majestät besuchte Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Elisabeth zu ihrem Geburtstag. — Das Familienministerium fand bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl statt. — Heute Abend erwarten die kaiserlichen Majestäten die Rückkehr Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Kronprinzessin aus Rußland. (Reichsanz.)

[Die Münzprägungen.] Bis zum 18. Januar d. J. waren in den Münzstätten des deutschen Reichs in Zwanzigmarkstücken 818,931,260 Mark und in Zehnmarkstücken 199,004,350 Mark ausgeprägt worden.

Die Gesamt-Ausprägung in Reichs-Goldmünzen stellt sich daher bis zum 24. Januar 1874 auf 1,019,056,010 Mark, wovon 819,309,060 Mark in Zwanzigmarkstücken und 199,746,950 Mark in Zehnmarkstücken bestehen. In der Woche vom 18. bis 24. Januar 1874 sind ferner geprägt in Zwanzigmarkstücken: in Berlin 377,800 Mark, in Zehnmarkstücken: in Berlin 742,600 Mark.

An Reichs-Silbermünzen und zwar in 1-Markstücken waren bis zum 18. Januar d. J. 2,818,934 Mark und in Zwanzigpfennigstücken 1,791,047 Mark 20 Pf. ausgeprägt worden. In der Woche vom 18. bis 24. Januar 1874 sind ferner geprägt in 1-Markstücken: in Berlin 225,936 Mark, in Hannover 169,653 Mark, in München 136,079 Mark, in Stuttgart 36,023 Mark, in Karlsruhe 29,805 Mark, in Zwanzigpfennigstücken: in Berlin 53,195 Mark, in München 45,436 Mark 40 Pfennige, in Dresden 89,531 Mark 20 Pf., in Stuttgart 27,048 Mark 40 Pfennige, in Karlsruhe 26,940 Mark 20 Pfennige, in Darmstadt 13,200 Mark, mithin stellt sich die Gesamt-Ausprägung in Reichs-Silbermünzen auf 5,462,828 Mark 20 Pfennige und zwar in 1-Markstücken 3,416,430 Mark und in Zwanzigpfennigstücken 2,046,398 Mark 40 Pfennige.

An Reichs-Nickelmünzen und zwar in Zehn-Pfennigstücken waren bis zum 18. Januar d. J. 503,136 Mark 20 Pf. ausgeprägt worden. In der Woche vom 18. bis zum 24. Januar 1874 sind ferner in solchen Stücken geprägt: in Frankfurt a. M. 13,705 Mark 60 Pf., in Stuttgart 14,584 Mark 80 Pfennige, mithin Gesamt-Ausprägung in Reichs-Nickelmünzen 531,426 Mark 60 Pfennige.

An Reichs-Kupfermünzen waren bis zum 18. Januar d. J. und zwar in 2 Pfennigstücken 56,805 Mark 78 Pfennige und in 1 Pfennigstücken 3906 Mark 86 Pf. ausgeprägt worden. In der Woche vom 18. bis 24. Januar 1874 sind an 2 Pfennigstücken ferner geprägt: in Berlin 6731 Mark 10 Pfennige, in Hannover 4987 Mark 50 Pf., in Frankfurt a. M. 1152 Mark 68 Pf., in München 2089 Mark, in Stuttgart 3003 Mark 70 Pfennige, in Karlsruhe 2984 Mark; an 1 Pfennigstücken in Berlin 1682 Mark 60 Pf., in München 1146 Mark 38 Pfennige, mithin eine Gesamt-Ausprägung in Reichs-Kupfermünzen von 85,489 Mark 60 Pfennige, und zwar in 2 Pfennigstücken 78,753 Mark 76 Pfennige, in 1 Pfennigstücken 6735 Mark 84 Pf.

[Die Baseler Missionsgesellschaft], welche seit dem Juni 1869 in der Gefangenschaft der Aschantis sich befanden und jetzt durch den Friedensschluß wieder in Freiheit gelangt sein werden, sind: Missionar Ransper und Frau aus Neuschädel und der Missionar Kühne aus Schlessen.

Schwerin i. M., 9. Februar. [Vom Landtage.] Die Berathung der Verfassungsvorlage im Comité ist so weit fortgeschritten, daß der Bericht desselben mit den abgegebenen Separatvoten nach einigen Tagen dem Plenum des Landtages zugehen wird.

Frankfurt, 6. Febr. [L. Sonnemann.] Bekanntlich stand Herr L. Sonnemann jüngst vor der Strafkammer, um sich wegen eines Artikels der „Frankfurter Zeitung“: „Die eigentlich Schuldigen hinter den Coulissen“, welcher den Bier-Krawall kritisch besprach, zu verantworten. Die Staatsanwaltschaft ging von der Ansicht aus, daß mit den „eigentlich Schuldigen“ die königl. Regierung, bzw. deren Vertreter Minister Graf von Eulenburg, gemeint sei. Die Strafkammer sprach den Beklagten, der sich nicht veranlaßt sah, die „eigentlich Schuldigen“ zu nennen, wohl aber erklärte, daß Graf Eulenburg nicht gemeint sei, frei. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Am 30. Januar wurde die Sache vor dem Frankfurter Appellhofe verhandelt und berichtete das „Fr. Journ.“ wie folgt darüber:

Ober-Staatsanwalt Schmieden suchte in dem wieder aufgenommenen Beweis-Verfahren, theils aus Artikeln der „Frankf. Ztg.“, theils aus anderen Blättern (wie der „Volksstaat“) in zweifelhafte Riede darzulegen, daß nur die königl. Regierung als die „eigentlich Schuldigen“, welche einmal praktisch das rothe Gespenst beschworen, gemeint sein könne. Die Gründe, welche den ersten Richter zu seinem Urtheile geführt, hält er für „Schein-Gründe“, das Urtheil sei „eine mißlungene Vertheidigung“. Die Strafkammer habe die Beweise, welche ihr durch Vorlegung der Artikel geboten worden, abgelehnt; er bedauere das umso mehr, weil die Wichtigkeit und der Ernst der Sache eine eingehende Verhandlung erfordert hatte. Der Strafantrag ging auf drei Monate Gefängnis. Hr. Dr. Ebner als Vertheidiger: Der Hr. Ober-Staatsanwalt nenne das erste Urtheil mißlungen, lediglich weil es freigesprochen. Es sei bedenklich für die Achtung, die man dem Richter schuldig sei, sein Urtheil eine „Vertheidigung“ zu nennen und damit ihm den Vorwurf zu machen, daß er die ihm gebührende Stellung vergessen habe. Es liege in dem Artikel nicht, daß die Regierung gemeint sei, sonst würde die Staatsanwaltschaft nicht auch in dieser Instanz die Frage gestellt haben, wen Sonnemann gemeint habe. Der erste Richter habe mit Recht die Beweisführung der Staatsanwaltschaft für unschlüssig erklärt, weil sie darauf hinauslaufe, das Urtheil politischer Gegner der „Frankf. Ztg.“ demjenigen des Richters zu unterstellen; weil die „Frankf. Presse“ und der „Volksstaat“ glauben, die Regierung sei die Person „hinter den Coulissen“, so solle der erste Richter sie auch dafür halten. Die Befugigung der Arbeiter-Partei habe man weniger der Regierung, als der Regierungs-Partei und hervorragenden Persönlichkeiten, welche mit den regierenden Herren in Beziehung stehen, nachgesagt; so dem Führer der Junker-Partei, dem Geheimen Rath Wagener, eben so dem Bischof Ketteler. Hierzu trete noch, daß die Regierung zugestandenermaßen Agenten in der Presse und in Versammlungen halte, welche aus bekannten geheimen Fonds bezahlt würden und vor deren Uebereifer und falschen Schritten die Regierung sich nicht hüten könne. So werde sie die Geister nicht los, die sie selbst gerufen. So habe ein der Regierung freundliches Organ, die „National-Zeitung“, vor Kurzem über die Agents provocateurs und Schwinbler unter den officiellen Truppen gellagt. Fürst Bismarck selbst habe i. J. erklärt, man könne dieses Pech nicht angreifen, ohne sich zu beugen. Für einen Staats-Anwalt sei es ein zweifelhaftes Schwert, wenn er finde, daß dergleichen der Regierung mehr oder minder nahestehende Individuen und Parteien „hinter den Coulissen“ stünden. Unter den heutigen Verhältnissen sei es gerathen, sich über diese Sachen nur vorsichtig zu äußern, da ein aus rechtsgeliebten Richtern bestehendes Gericht, durch seine Pflichten gebunden, die freiere, so zu sagen souveränere Stellung des Geschworenen nicht habe. Es sei irrig, daß das rothe Gespenst von der Regierung citirt zu werden pflege, daß sei Eigenthümlichkeit aller Derjenigen, die den Bürger grübeln machen wollen, und neuerdings habe auch der Papst es dem Kaiser gegenüber citirt. Alle diese Andeutungen der „Fr. Z.“ trafen nicht die Regierung, und an den Grafen Eulenburg habe Niemand gedacht. Im Uebrigen existire auch für den Angeklagten Sonnemann Gedankenfreiheit, wenn es auch richtig sei, daß sobald Herr Sonnemann oder die „Fr. Z.“, allenfalls die triviale Bemerkung machte, was sie jedoch nicht thue, in ganz Deutschland gebe es hauptsächlich Einen schlechten Menschen, ohne diesen zu nennen, Stimmen im Publikum sowohl, als in den gegnerischen Zeitungen laut würden, Sonnemann habe keinen Andern als den Fürsten Bismarck gemeint. Auf solche Suppositionen könne ein Gericht nicht eingehen. Er beantragte Freisprechung.

Deute erst hat der Appellhof das Erkenntniß publicirt. Durch dasselbe wird der Angeklagte der Verleumdung schuldig erklärt und mit Rücksicht auf mehrere wegen des nämlichen Vergehens bereits von ihm verurtheilte Vorstufen zu einer zweimonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt.

Deßau, 5. Februar. [Aus dem Landtage.] In einer der letzten Sitzungen des Landtags gaben mehrere Abgeordneten den Kla-

gen Ausdruck, daß in der vom hiesigen Consistorium ressortirenden Leitung der Seminarien und des Schulwesens eine mit dem Geiste der Zeit in Widerspruch stehende exclusiv kirchliche Richtung herrsche. Seine Abgeordneten beantragten, die Leitung der Schulangelegenheiten von der kirchlichen zu trennen und einer staatlichen Behörde zu übertragen. Eine vom Minister v. Karst über diesen Antrag abgegebene Erklärung ging, nach der „Magd. Z.“, im Wesentlichen dahin:

Dem Antrage könne Folge gegeben werden, obgleich der Minister die Motive dafür nicht anerkenne. Das Volksschulwesen sei schon Staatsangelegenheit und das Consistorium als Schulaufsichtsbehörde auch schon wesentlich Staatsbehörde. Als berechtigt sei das in der Gegenwart allgemein hervortretende Streben anzuerkennen, dem Realistischen auch in dem Volksschulrichtungspläne einen größeren Raum zu gewähren, ebenso das Streben, den kirchlichen Einfluß auf das Volksschulwesen da einzueugen, wo die Kirche, wie neuerlich in vielen Ländern der Fall, antiaathliche und antinationale Tendenzen verfolge. Man habe sich allerdings zu hüten, daß man bei der Stedung der Grenzen zwischen den Einflüssen der Kirche und des Staates auf das Volksschulwesen legerem zu viel, namentlich in Hinsicht auf die religiöse Erziehung, einräume. Der Staat habe auf das irdische Leben, nicht auf eine Sphäre einzuwirken, deren Mittelpunkt im Jenseits liegen. Den Religionsunterricht ganz von dem Volksschulunterricht auszuscheiden, sei unter den in Anhalt bestehenden Verhältnissen nicht empfehlenswerth. Es komme ferner weniger auf Gesetze und Organisationsformen, als auf den Geist an, in dem die Schulaufsichtsbehörden und die Lehrer selbst diesen Unterricht erteilen. Zur Einwirkung auf diesen Geist stehe aber der Staatsregierung, was den Religionsunterricht anbetreffe, nur ein sehr geringer Einfluß zu Gebote, da sie nicht Herr des religiösen Seelenlebens und der religiösen Richtungen der einzelnen Schulaufsichter und Schullehrer sei. Staat und Kirche müßten sich gemeinschaftlich verständigen.

Die Sprache, sagt jenes Blatt, verräth der geistlichen Diplomaten, dessen Rolle der antiaathliche Minister mit Geschick und mit Erfolg durchgeführt zu haben scheint.

Dresden, 8. Februar. [Die Verhandlungen in der ersten sächsischen Kammer über das Unfehlbarkeitsdogma.]

— Joh. Jacoby's Ablehnung. — Professor Haupt. Die gestrigen Verhandlungen in unserer ersten Kammer über die Verkündung des Unfehlbarkeitsdogma in Sachsen, welche das eingegangene „katholische Kirchenblatt zunächst für Sachsen“ mit seiner Behauptung, daß dieselbe mit der Verlesung des fuldaer Hirtenbriefes von den Kanzeln des Landes erfolgt sei, legte wieder ein Zeugniß davon ab, daß es auch bei uns nicht an dem Material zu einem Zerwürfniß zwischen der Staats- und Kirchengewalt fehlt. Die zweite Kammer hatte von der Regierung eine öffentliche Abweisung der Behauptung des Kirchenblattes verlangt und die erste Kammer sucht diesem Beschlusse beizutreten, diese dagegen fand eine dreimal während der Kammerverhandlungen ausgesprochene Erklärung der Regierung über die Nichtertheilung des Placet zur Veröffentlichung für genügend. Nur eine bürgermeisterliche Stimme hatte in der Kammerdeputation den Beschlüssen der zweiten Kammer zugestimmt und dieser fielen bei der Hauptabstimmung dennoch in der Kammer die Stimmen von neun anderen Bürgermeistern und Kammermitgliedern zu. Staatsminister von Falkenstein, der frühere Cultusminister, versuchte bei den Verhandlungen sich gegen die Beschuldigung zu verwahren, als habe er das fuldaer Hirtenbriefen, im Widerspruch mit der Nichtgenehmigung der Veröffentlichung des Unfehlbarkeitsdogma, zur Verlesung von den Kanzeln zugelassen. Der Hirtenbrief gebe nicht vollständig das Dogma wieder. Bischof Forneck, welcher hierauf das Wort ergriff, erklärte zwar rund heraus, entgegen dem Kirchenblatt, daß weder eine amtliche noch eine hirtenamtliche Verkündung des Unfehlbarkeitsdogma stattgefunden, allein gleich darauf betonte er ausdrücklich, daß die Veröffentlichung durchaus nicht nöthig, sondern jeder Katholik verpflichtet sei, sich den vom Papst und vom Concil gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen. Ungeachtet dieser der staatsrechtlichen Wirkung des Placet auf die Gewissen der Katholiken allen Werth bemessenden Deutung der amtlichen Verkündung einer kirchlichen Lehre, fanden sich die evangelisch-lutherischen Geistlichen in der Kammer, Superintendent Dr. Lehler, Oberhofprediger Dr. Köhlschütter und Prof. Dr. Fricke dennoch veranlaßt, nicht mit der Kammerminderheit zu stimmen, ja der letztgenannte Vertreter der Leipziger Universität reichte einen Antrag ein, der auch nachher angenommen wurde, welcher ausdrücklich die Befriedigung über die hiesige Erklärung aussprach und auch die zweite Kammer aufforderte, Angesichts derselben ihr Verlangen aufzugeben. Nur dem Cultusminister Dr. v. Gerber blieb es vorbehalten, dem Bischof zu entgegnen, daß seine Deutung des Werthes einer amtlichen Verkündung die Regierung auf dem Placet beharren lasse, um die Staatsgewalt gegen kirchliche Akte sicher zu stellen. Daß der als besonders mild bekannte Bischof äußerte, wie er keine Auspöhrung der Geistlichen gegen die staatlichen Anordnungen dulden würde, wenn gleich er gestattete, daß unsere katholischen Hofgeistlichen noch in der letzten Nummer des Kirchenblattes erklären könnten, die hirtenamtliche Verkündung des Unfehlbarkeitsdogma habe dennoch stattgefunden, zeugt von der Unzuverlässigkeit ultramontaner Erklärungen. Uebrigens hat die erste Kammer doch so viel für sich bewiesen, um von der Regierung eine Revision der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Obergewalt des Staates in katholischen Angelegenheiten zugleich mit der zweiten Kammer zu verlangen. — Die Ablehnung Johann Jacoby's im 13. Wahl- (Leipziger Land-) Kreis macht eine dritte Wahl nöthig. Bis jetzt fehlen noch alle Andeutungen über einen neuen socialdemokratischen Candidaten. Als Gegner desselben werden wahrscheinlich abernals Prof. Birnbaum und Dr. Heine auftreten und damit dürfte sich denn der verdrüßliche Kampf zwischen der nationalliberalen und Fortschrittspartei daselbst erneuern. — Prof. Haupt, mit Lessing, Fichte, Ritschel, Marschner u. ein berühmter Sohn unserer Laufzeit, war in den Untersuchungen über den Maiaufstand mit verflochten, aber wenn die Leipziger partikularistische „Reichszeitung“ versucht, ihn nicht als Opfer der Deutschen Reaction darzustellen, so bleibt nichtsdestoweniger wahr, daß er seiner Leipziger Professur als solches verlustig ging.

Strasburg, 3. Febr. [Die bischöflichen Reichstagsboten.] Der Abbe von Hombourg, ein Schläfer von Geburt, giebt in der „Assemblée Nationale“ folgende Notizen über die beiden bischöflichen Reichstagsboten Elsch-Lothringens: „Bei zwei feierlichen Gelegenheiten sind sich die hochwürdigen Herren Räß und Dupont brüderlich begegnet. Im Jahre 1866 kam der letztere nach Strasburg, um dem Jubiläum des ersten beizuwohnen; zwei Jahre später begab sich Herr Räß nach Metz zu einem ähnlichen Feste des Herrn Dupont. Die beiden Kirchenfürsten wohnten auch dem vaticanischen Concil bei, aber

Keiner der Schlussföhrer desselben. Herr Näs verließ Rom aus Gesundheitsrückfichten, nachdem er sein Mandement gegen die Briefe des Paters Grady veröffentlicht hatte, und wurde so durch die Vorfehung in seine bishöfliche Stadt kurz vor der Belagerung zurücfgeführt. Herr Dupont hat sich mit denjenigen, welche aus Opportunitätsrückfichten gegen das Dogma der Unfehlbarkeit waren, der Stimme enthalten, und fand grade noch Zeit, in seine bald darauf vom Kriege überzogene Diöcese zurückzukehren. Der Bifchof von Metz ist 69 Jahre alt, der von Straßburg 80. Letzterer wurde zu Sigolsheim im Elsaß geboren; er ist ein ausgezeichneter deutscher Redner; auch hat er lange in Mainz gewirkt, dort an dem „Katholik“ mitgearbeitet und zahlreiche Werke veröffentlicht. Er kennt völlig die religiösen Angelegenheiten in Deutschland, in die er oft schon sehr thätig eingegriffen hat. Wir werden noch Genaueres über die beiden Prälaten nachbringen, welche die zwei verschiedenen Meinungen des französischen Episcopats in Rom vertreten haben. Seit 30 Jahren Bifchöfe von Grenoblesen, streiten sie Seite an Seite in einem Lande, wo der Protestantismus starke Wurzeln und mächtigen Hinterhalt hat, wo aber auch der Katholicismus merkwürdig energisch ist, und darum — find sie die geborenen Vertreter Elsaß-Lothringens.“

Straßburg, 5. Februar. [Gesamt-Ergebnis der Elsaß-Lothringischen Reichstags-Wahlen.] Da nun sämtliche Nachrichten über die Wahlen hier eingelaufen find, bin ich in der Lage, Ihnen das Gesamtresultat derselben in folgendem mitzutheilen: 1. Ober-Elsaß: Wahlbezirk 1, Altkirch-Thann: gewählt Stadtpfarrer Winterer in Mülhausen (clerical) gegen Appellationsrath Gläcker in Colmar (deutsch); Wahlbezirk 2, Mülhausen: gewählt Fabrikant Häfely aus Pfaffstätt (Protestant) gegen den Socialisten Liebmacht; Wahlbezirk 3, Colmar: gewählt Pfarrer Schölin von da (clerical) gegen den Journalisten Grad in Münster (deutsch); Wahlbezirk 4, Gebweiler: gewählt Ex-Superior Gerber aus Bilsheim (clerical) gegen Fabrikanten Schlumberger aus Gebweiler (gemäßig); Wahlbezirk 5, Rappoltsweiler: gewählt Stadtpfarrer Simonis von da (clerical) gegen Kaufmann Oermann von da (gemäßig). 2. Nieder-Elsaß: Wahlbezirk 6, Schleifstadt: gewählt Bifchof Andreas Näs von Straßburg (clerical) gegen Kehler, Pfarrer der fr. Gemeinde in Berlin (gemäßig); Wahlbezirk 7, Molsheim-Erstein: gewählt Pfarrer Philippi in Molsheim (clerical) gegen Kaufmann Klingeisen (deutsch) in Erstein. Wahlbezirk 8, Straßburg: gewählt Vanquier Lauch von da (Protest.) gegen Anwalt A. Schneegans von da (gemäßig). Wahlkreis 10, Hagenau-Weissenburg: gewählt Rentner Hartmann von Hagenau (ultramontan) gegen Bürgermeister Nessel von da (gemäßig). Wahlkreis Babern: gewählt Privatier Leutich Babern (Protest.) gegen Fabrikant Neuf von da (gemäßig). 3. Lothringen: Wahlkreis 12, Saargemünd-Nordbach: gewählt Fabrikant Pouquet von Saargemünd (Protest.) gegen Gemeinderath Jucker in Nordbach (gemäßig). Wahlbezirk 13, Bilsheim-Diedelhofen: gewählt Gemeinderath Abel von Bilsheim (Protest.) gegen Privatier Le Seio de Crepp von da (gemäßig). Wahlbezirk 14, Metz: gewählt Bifchof Dupont les Voges von da (clerical) gegen Graf Hensel von Donnemard (deutsch). Wahlbezirk 15, Saarburg-Saarlouis: gewählt Pfarrer P. Huillier von Saarburg (clerical) gegen Kreis-Magistrat Baron Du Prel (deutsch).

Deſterreich.

Wien, 9. Februar. [Die Abreise des Kaisers] nach St. Petersburg wird, wie aus guter Quelle verlautet, in Begleitung des Grafen Andraffy, des Staatsraths Braun und des Geheim. Raths Freiherrn v. Hofmann am Mittwoch den 11. d., Nachmittags 3 Uhr erfolgen.

Peſt, 7. Februar. [Die Oſtbahn-Affaire im Oberhaufe.] In der Oberhausſitzung waren die Mitglieder ungewöhnlich zahlreich erschienen. Die Debatte über die Oſtbahnvorlage eröffnete der Miniſterpräſident Szlavy, der in beifälliger aufgenommenen Rede die Motive der Regierungsvorlage entwickelte. Graf Johann Czizay ſpricht dagegen. So lange das Gleichgewicht im Staatshaushalte nicht hergeſtellt ſei, könne er keine neuen Laſten votiren. Nachdem er jedoch den Vorſtand der heutigen Regierung wünfche und die Oſtbahn-Vorlage von dem Miniſterpräſidenten zur Cabinetsfrage gemacht wurde, wolle er ſich der Abſtimmung enthalten, obgleich er ſeiner Ueberzeugung nach dagegen ſtimmen möchte. Graf Franz Rády ſchildert in einem langen Vortrage die Entſtehungsgeschichte der Oſtbahn, deren trauriger Ausgang theilweiſe auch durch das ſchwanke, ſystemloſe Vorgehen der Regierung herbeigeführt wurde, welche die Großwaſarden-Alaunburger Straße zuerſt auf eigene Koſten, dann wieder durch einen Unternehmer ausführen beabſichtigte. Auffällig genug ſei es, daß die neue parlamentariſche Aera dem Lande die Befamtheit mit Finanziers vom Schlage der Haber, Langrand-Dumonceau, Strousberg und Waring gebracht habe. Nach al dem Geſchehen könne nur die Annahme der Vorlage weiteren Verwickelungen vorbeugen, nachdem durch dieſelbe die Second-Prioritäten die gleiche Sicherheit bieten, wie die übrigen vom Staate garantirten Eisenbahnpapiere, mithin dürften dieſelben den Cours von 84 erreichen und werde das Nothſchuld-Portfolio zweifellos für die Uebernahme oſtiren. Miniſter Baron Bela Wendheim empfiehlt die Annahme mit Rückſicht auf den Staatscredit. Baron Ladislaus Wendheim erklärt ſich ebenfalls für die Annahme; obwohl er Czizay's Principiengeſinnung ſei, müſſe er ihm in dieſer Frage widerſprechen. Der Miniſterpräſident Szlavy erklärt, die Oſtbahnangelegenheit bilde wohl eine Cabinetsfrage, doch mögen die Mitglieder des Oberhauſes ſich nur durch den Inhalt der Vorlage beſtimmen laſſen. Die jetzige Regierung habe zwar mit der Oſtbahnaffaire nichts zu ſchaffen gehabt, doch ſei er überzeugt, daß ſein Vorgänger im Präſidium wie im Finanzminiſterium der Unterſuchung mit gleicher Ruhe entgegenſehen wie er. Der Geſetzentwurf wird mit großer Majorität gegen 4 Stimmen angenommen und zu Ende gebracht.

Schweiz.

Bern, 5. Febr. [Urquhart. — Das Interventionsgeſuch.] Gutem Vernehmen zufolge hat der hieſige engliſche Geſandte für den anſcheinend in die Affaire des Bar-le-Duc'schen Interventions-Geſuchs verwickelten Engländer Urquhart das Geſuch geſtellt, ihm für ſeine Vernehmung durch den eidgenöſſiſchen Unterſuchungsrichter einen ſpäteren Termin zu ſtellen, da er dringender Geſchäfte wegen Montreux und die Schweiz auf einige Wochen verlaſſen müſſe, worauf jedoch die dieſſeitige Behörde nicht eingetreten iſt. Daß Urquhart, obgleich Protestant, ein eifriger Vertheidiger des Papſtes iſt, wurde bereits mitgetheilt. Als er noch der engliſchen Geſandſchaft in Rom attachirt war, wollte er den Papſt ſogar zum oberſten Schiedsrichter in den Streitigkeiten zwischen den Bifkern und Fürſten erheben, welche Idee von dem „Univerſ“ vertheidigt wurde, und ſchon früher als Secretär der engliſchen Geſandſchaft in Konſtantinopel mißte er ſich in die Händel der orientaliſchen Chriſten, indem er für die ultramontanen Gaſſuniſten gegen die nationalen Nicht-Gaſſuniſten Partei ergriff. Daß ſeither Abbé de Journy in Beaumont ſich als Verfaſſer des Interventionsgeſuchs von Bar-le-Duc bekannt hat, wurde bereits geſtern mitgetheilt. Der Brief, welchen er zu dieſem Zweck an den Bundes-Präſidenten Schenk geſchrieben hat, lautet wörtlich wie folgt:

An den Präſidenten der ſchweizeriſchen Eidgenenſchaft! Die heutigen Zeitungen bringen die Nachricht von der Verhaftung des Abbé Collet anläßlich eines an ihn von Bar-le-Duc gerichteten Ballens Broſchüren. Ich beile mich mit der ſofortigen Erklärung, daß ich der Verfaſſer der „Appel des catholiques suisses aux puissances signataires du traité de Vienne contre la violation de ce traité par les autorités suisses“ betitelten Schrift bin. Einige Diplomaten verſchiedener Nationen und Reichsprofeforen, Männer von großem Ruhme und unſtreitbarem Wiſſen, haben ſchon ſeit mehreren Jahren mich erſucht, an ihren Studien, betreffend das Völkerrecht und ſeine Verletzungen, in unſerer Zeit Theil zu nehmen; in Folge deſſen habe ich im Laufe der letzten ſieben Jahre mehrere dieſe wichtige Frage behandelnde Schriften veröffentlicht, theils als einzelne Broſchüren, theils in periodiſchen Sammlungen. Angeſichts der deutlichen Thatſachen, welche in der Schweiz vorgekommen und noch vorzukommen, und in Erinnerung des Vorgehens der Proteſtanten bei der Verhaftung einer der Ihren in Spanien — obgleich, da im Falle Matamoros keine Vertragsverletzung vorliegt, die Sache hier nicht die gleiche iſt — ſchien mir ein mit Wahrheit verfaßter Appell zu Gunſten der unterdrückten ſchweizer Katholiken und des verletzten öffentlichen Vertrauens, welcher die Dinge vom Standpunkt des Rechts darſtellt, ein Act der Freiheit, der Ehre und der Gerechtigkeit wie der Religion zu ſein. Daß ein ſolcher Act Maßregeln der Strenge gegen ſchweizer

Bürger oder die Schweiz bewohnende Fremde veranlaſſen werde, hielt ich geradezu für unmöglich. War nicht Genf ſo eben ſogar der Sitz des Schiedsgerichts in der Alabamafrage? Gilt die Religion Tauſender verfolgter Bürger weniger als die in Streit gelegenen Geld-Interellen Englands und Amerikas? Vom juriſtiſchen Standpunkte aus beſteht der einzige Unterſchied darin, daß im letzteren Falle die Mächte von den ſtreitenden Parteien gewählte einfache Schiedsrichter waren, während die Wiener Vertragsmächte als Garantie der Rechte der ſchweizer Katholiken nach den Beſtimmungen jenes Vertrages ſelbſt hier die wahren und nothwendigen Richter ſind. Dies können die ſchweizer Behörden am allerwenigſten läugnen, weil ſie in ihrer officiellen Note vom 13. Februar 1873 an den Geſandſchaftsträger des heiligen Stuhles förmlich anerkannt haben, daß die Beſtimmungen, des in dem Appell angeführten Wiener Vertrags einen Theil des europäiſchen öffentlichen Rechts bilden. Daß ich jene Broſchüre unter der Form eines Appells an die Wiener Vertragsmächte verfaßt und zu Bar-le-Duc habe drucken laſſen und Exemplare davon nach der Schweiz expedirt habe, iſt ſomit eine ſehr einfache Sache. Im Uebrigen bin ich noch der Wahrheit und mir ſelbſt die Erklärung ſchuldig, daß ich der einzige Verfaſſer jener Broſchüre bin, den Plan zu derſelben ganz allein geſaßt habe und kein Mitglied des ſchweizer Episcopats und Clerus daran Theil genommen hat. Ich habe die Ehre &c. Beaumont, den 2. Februar 1874. Abbé De Journy.

Italien.

Rom, 6 Febr. [Anſprache des Papſtes. — Camarmora.] Der Papſt hat vorgeſtern, Sonntag, die Vorſtände der italieniſchen Pius-Vereine im großen Conſiſtorialſaale empfangen und aus den Händen des hieſigen Advocaten P. Menacci eine Abreſſe mit Verſicherungen der Anhänglichkeit und mit kräftigen Proteſten gegen die „ſtets mehr überhand nehmende Unſittlichkeit“ entgegengenommen. Er hat darauf mit einer längern Rede über die Verberbtheit des Menſchengeschlechts geantwortet, aus der die folgende Stelle angeführt werden möge: „Nach dem 20. September ſind in Rom alle die ſchrecklichen Uebel eingebrungen, die ſo ſchwer auf ihm liegen und die ich ſchon früher aufgezeigt habe. Ich will gerade nicht ſagen, daß Rom vor jenem Tage ein Eden geweſen wäre. Es gab auch früher Sünden und Sünder in der Stadt. Aber man konnte doch ruhig durch die Straßen gehen, man konnte in Frieden ein Concil feiern (und ein Conclave halten?), und Hunderte von Biſchöfen konnten ſich verſammeln und anſtändiges Unterſommen finden und ſich auch auf der Straße zeigen, ohne inſultirt zu werden, ja, indem ſie Ehre und Verehrung fanden. Als aber der Teufel ſo große Ordnung und Ruhe gewahr wurde, daß dränge ihn der Neid, in die Stadt einzutreten, um Alles zu zerſtören, und er drang ein durch jene ſatane, von ſeinen Helfershelfern geöfnete Breſche. Rom, wiederhole ich, war kein Eden, aber nie hätte es daran gedacht, öffentlich den heiligen Namen Gottes zu profaniren; es war kein Eden, aber es würde nie in die Kirchen eingebrungen ſein, um ſie zu veranſtalten, die Klöſter zu beſetzen und ihre friedlichen Bewohner hinauszuſchlagen“ u. ſ. w. — General Camarmora iſt durch die Antwort Biſconti-Benoſti's auf die bekante Interpellation Nicotera's ſo verſchnupst worden, daß er um ſeine Entlaſſung aus der Kammer eingeſommen iſt. Die Collegen haben ihm einen zweimonatlichen Urlaub zugethan. In Folge der Verwerfung ſeines Geſetzes über den Schulzwang durch die Zweite Kammer hat Scialoja, der Unterrichtsminiſter, wie bereits gemeldet, ſeine Entlaſſung eingereicht. Ob der König dieſelbe angenommen habe, oder nicht, iſt noch ungewiß.

Spanien.

Madrid, 4. Febr. [Niederlage der Carliſten. — Räuberbande. — Die ſpaniſchen Flüchtlinge.] Nach amtlichen Berichten ſind die Carliſten bei la Pobla in der Provinz Lerida mit ſchweren Verluſten geſchlagen worden. Die Sieger befreiten zugleich 280 Gefangene, welche die Carliſten mit ſich führten. Unter weſſen Befehl die Beſiegten ſtanden, wird noch nicht hinzugefügt. Vielleicht ſind es die Scharen unter Miret und Baró; denn dieſe beſanden ſich am Anfang dieſes Monats in Monman und Penadella, wo ſie einen Angriff auf die Stadt Severa nordöſtlich von Lerida im Schilde führten. An der Ausführung dieſer Abſicht wurden ſie verhindert durch den Brigadier Franch, der ſie aus ihren Standquartieren vertrieb und ſie verfolgte.

Die Miliz von la Puebla de Montalvan in der Provinz Toledo hat vor einigen Tagen eine Räuberbande verfolgt und elf Mitglieder derſelben eingeſangen. Das Gefindel war in Burujon eingebrungen und hatte dort ein große Anzahl von Häuſern geplündert.

Wie man aus Dran meldet, hat der Präfect von Algier am 1. Februar an die Unterpräfecten ein Rundſchreiben erlaſſen, worin er ankündigt, daß die ſpaniſchen Flüchtlinge im Laufe des Monats auf Wunsch der Colonien oder anderer Leute, welche ihnen Arbeit geben wollen, in Freiheit geſetzt werden ſollen, unter der Bedingung jedoch, daß dieſelben den Behörden ihre neuen Aufenthaltsorte anzeigen. Was mit den Sträflingen aus Cartagena geſchehen ſoll, verlautet noch nicht.

Rußland.

St. Petersburg, 5. Februar. [Zu den Vermählungsfeierlichkeiten. — Zum Schulaufsichtsrecht des Adels. — Der „Golos“ über die Ultramontanen.] Mit der Abreise des jungen hohen Chepaars und der auswärtigen Prinzen nach Moskau (welche am 4. Februar ſtattfinden) ſchließt für Petersburg die Reihe der an die Vermählung der einzigen Tochter des Kaiſers ſich anknüpfenden Feſte. Vom 13. Februar an iſt, anläßlich des bevorſtehenden Beſuchs des Kaiſers von Deſterreich eine neue Reihe glänzender Feſte zu erwarten. Was die dem hohen jungen Chepaar zu Ehren veranſtalteten Ballfeſte anlangt, ſo dürfte der Ball bei Joſe im Winterpalais am 29. Januar, und das vom Petersburger Adel gegebene Ballfeſt (am 31. Jan.) am Großartigſten ausgefallen ſein. Bei dem Ball im Winterpalais waren über 2900 Perſonen zugegen. Der Nikolaſaal, in welchem das Feſt ſeinen Mittelpunkt hatte, iſt dabei ſo gewaltig groß, daß die 2900 Perſonen da vollkommen Platz hatten, ohne daß er irgendwo gedrängt voll erſchien. Dabei waren Fiſche gedeckt, daß ſämtliche Gäſte Platz hatten zu ſitzen, wobei der Kaiſer, huldvoll wie immer, von einem Tiſche zum andern ging, um mit jedem ſeiner Gäſte ein Wort zu wechſeln. Der Kaiſer trug beim Ball im Winterpalais den Großcordon des ſchwarzen Adels-Ordens. Bei dem Ball des Adels waren auch an 3000 Perſonen zugegen, wobei ſich ebenfalls Alles auf das Glänzende geſtaltete. Glänzend ſtellen auch die übrigen Ballfeſte aus, wenn auch die Zahl der geladenen Perſonen nicht in demſelben Verhältniß blieb. Die Neuvermählten empfingen dabei des Morgens die Glückwünſche zahlreicher Corporationen und Deputationen. Es erſchienen viele Adelsmarſchälle, die Bürgermeiſter großer Städte, die Repräſentanten vieler Innungen und Geſenſchaften. Die Bauern von Smolensk ſchickten eine Deputation mit einem prachtvollen Heiligenbilde für die Großfürſtin, wobei der Sprecher in ſchmuckloſer, aber ſehr zum Herzen gehender Weiſe, den Segen des Himmels auf das Haupt und den Ehebund der Tochter des „Zar-Befriers“ herabrief. — Da eine große Anzahl von Repräſentanten der Adelscorporationen gegenwärtig in Petersburg anweſend iſt, wurden dieſelben vom Unterrichtsminiſter ſofort zu eingehenden Berathungen in Betreff der neuen ihnen vom Kaiſer überwiesenen Obliegenheit, der Aufſicht über die Volkſchulen, eingeladen. Die Gouvernements-Adelsmarſchälle werden ſomit im Gouvernements-Schulrath, und die Kreismarſchälle in dem Kreis-Schulrath das Präſidium führen. Auch ſind bereits mehrere Erwiederungen auf das Reſcript des Kaiſers, in welchem dem Adel die Cooperation zur För-

derung des Schulweſens übertragen wird, eingegangen. Der Moskauer Adel hatte ſchon früher durch eine Abreſſe an den Kaiſer geantwortet, und ſich zur Uebernahme der ehrenvollen neuen Aufgabe, die der Kaiſer unſerer Nobleſſe ſtellt, mit Eifer bereit erklärt: daßſelbe thaten nun inzwiſchen auch die Adelscorporationen von Inkaterinoslaw, Twer, Smolensk und bald dürften auch andere Adreſſen noch nachfolgen. — Der „Golos“ galt früher als eine dem Franzosenvolke am Meiften freundlich geſinnte Zeitung. Selbſt bei Gelegenheit des Prozeſſes Bazaine wies man auf ſeine mit den Urtheilen deutscher Zeitungen nicht immer übereinflimmenden Schlußfolgerungen. Indefſen wurde ſchon hier und auch anderweitig mehrfach hervorgehoben, daß die Urtheile über den Prozeß Bazaine keineswegs eine Verfeinerung der Verdienſte der deutschen Heere bezweckten. Jetzt ſagt der „Golos“ (in Nr. 19) ſogar: Es ſcheine, als könnte man ſich nicht durch bloße blinde Bigotterie und Beſchränktheit der Begriffe die Hirnenbriefe der franzöſiſchen Biſchöfe, welche mit groben Beleidigungen gegen die preußiſche Regierung erfüllt ſind, erklären. Solche Leute ſind nicht der Art, daß ſie ohne practiſche Ziele handeln: ihr Ziel ſcheint darin zu liegen, daß ſie auf den Fall möglicher Complicationen eine Aufregung in Deutschland erhalten möchten. Es iſt der gereizte, ſcharfe Ton, mit welchem die officiellen Organe Preußens, inſondere die „Nordd. Allgem. Ztg.“ gegen die ultramontanen Predigten und Manifeſtationen in Frankreich vorgehen, daher durchaus begreiflich. Die Begünstigung, welche der Ultramontanismus in Frankreich findet, iſt für die Regierung in Berlin mehr als unangenehm, ſie iſt unerträglich. — Im Uebrigen kann man den Artikel des „Golos“ in mancher Beziehung als ſchwarzſichtig bezeichnen, doch gehört das weniger zur Sache, als die laute Mißbilligung des Vorgehens der franzöſiſchen Ultramontanen, und das lebhaſte Bemühen, für die unbegreiflich ſcheinenden Schritte der Franzosen eine plauſible Motivirung zu finden. Dabei erklärt der „Golos“, daß ein großer Theil der Katholiken in Deutschland nicht zum Ultramontanismus gehört, und vielmehr die Regierung zu unterſtügen geneigt iſt. Er findet das Verhältniß der ultramontanen Glieder des deutſchen Reichstags im Vergleich mit der Zahl der Katholiken in Deutschland noch gering, und für die Reichstreuen daher nicht ungünſtig.

Amerika.

Rio de Janeiro. [Ueber die bereits mitgetheilte Verhaftung des Biſchofs von Olinda] berichtet die hieſige „Anglo-Brazillian Times“: „Es war am Morgen des 3. Januar, als die Verhaftung in Pernambuco vollzogen wurde. Zwar weigerte ſich der Biſchof Anfangs, als ihm der Befehl des oberſten Gerichtshofes vorgezeigt wurde, doch leiſtete er den beiden Beamten, welchen die Ausführung übertragen war, keinen Widerſtand. Obwohl das Ereigniß unter den Einwohnern der Stadt natürlich großes Aufſehen erregte und viele Leute herbeilockte, kam doch nicht die geringſte Ruheſtörung vor, und weder die Ultramontanen noch deren Gegner machten irgend eine Demonſtration, ein Beweis der Einſicht und Mäßigung der Bürger von Pernambuco. Die Verhaftung eines römisch-katholiſchen Biſchofs in dieſem römisch-katholiſchen Lande auf Grund einer Anklage, bei welcher die Freilaſſung gegen Bürgſchaft geſchloſſen iſt, iſt ein Zeugniß, wie erſt die kaiſerliche Regierung es mit ihrem Entſchluffe meint, dem bürgerlichen Geſetze Achtung zu verſchaffen bei allen Unterthanen des Staates, ohne Unterſchied, ob ſie Geiſtliche oder Laien ſind. In England hat man es nie für klug gehalten, die Strafbestimmungen des Geſetzes über die biſchöflichen Titel durchzuführen; und ſelbſt in Preußen und der Schweiz, wo man ſo eifrig ſich mit Maßregeln beſchäftigt zur Abwehr der clericalen Anmaßung, die ſich den Staatsgeſetzen widerſetzt, wenn ſie dieſelben mit den Befehlen aus Rom im Widerſpruche glaubt, haben die Behörden es noch nicht gewagt, die Perſon eines Kirchenfürſten anzuſühren. (Iſt unterdeß geſchehen. Die Reaction.) Braſilien hat ſomit die Ehre, zuerſt durch die wirkliche Verhaftung eines römisch-katholiſchen Biſchofs und deſſen Ueberführung nach Rio, wo er als Gefangener vor der Schranke eines weltlichen Gerichtshofes ſtehen wird, der Welt gezeigt zu haben, daß Niemand, Prinz, Priester oder Bauer, ſich in Braſilien dem vollen Gehorſam gegen die bürgerlichen Geſetze entziehen kann.“ Und doch iſt, wohl zu merken, nach der braſiliſchen Verfaſſung „die katholiſch-apoſtoliſch-römische Religion die Religion des Reiches“. Sind es da etwa auch die Proteſtanten, welche die katholiſche Religion verfolgen, wenn geſetzbrüchige Priester zur Rechenschaft gezogen werden.

Provincial-Beitung.

Breslau, 10. Febr. [Schneesturm. — Verſpätung.] Der Schneesturm iſt in Poſen um ſaſt 24 Stunden früher eingetroffen als hier. Schon am Sonnabend hat er in den dortigen Landſtrichen die Wege nur ſchwer paſſierbar gemacht, ſo daß am Sonnabend Abend ſaſt alle Poſten in Poſen zu ſpät eintrafen. Hier begann das Unwetter erſt am Sonntag Nachmittags, der Wind ſeigerte ſich Abends und in der Nacht zum Sturm und brachte reichlichen Schneefall, der geſtern ſaſt den ganzen Tag und wohl auch einen Theil der Nacht andauerte. Heute iſt, bei 7 Grad Kälte und ſchwachem Weſtwind, Alles mit einer hohen Schneelage bedeckt, ſtellenweiſe findet man hohe Schneewehen, welche der geſtrige Sturm zummengeblafen hat. — Die Poſten haben ſich heut nur um circa eine Stunde verſpätet. Aus Berlin ſind uns zwar alle Zeitungen zugekommen, allein es ſehlen ſämtliche Briefe, mithin auch die Landtags- und Reichstags-Verhandlungen. Wir haben deſhalb die erſteren Berliner Blätter entnommen.

Breslau, 6. Febr. [Vom Verwaltungsgerichtshof für den Regierungsbezirk Breslau.] Der auf Grund des § 187 der Kreis-Ordnung in Function getretene hieſige Verwaltungsgerichtshof hatte ſich heute mit einer principiell äußert wichtigen Frage zu beſchäftigen, welcher, wie die Verhandlungen des Abgeordneten- und Herrenhaufes ergeben, bei der Verathung des Geſetzes nur eine geringe Bedeutung beigelegt wurde. Der § 133 der Kreisordnung beſtimmt, daß die Mitglieder des Kreisauſchuffes durch Beſchluß des Verwaltungsgerichtshofes ihrer Stellung enthoben werden können. Hierauf geſtützt haben ſämtliche Mitglieder des Ausſchuffes des Kreiſes Neurode in Uebereinstimmung mit dem Vorſtänden deſſelben, Landrath Grafen Feil, die Enthebung des Kreisauſchuffmitgliedes Sindermann zu Neurode beantragt, indem ſie ſich auf ein von dem dortigen Bürgermeiſter aufgenommenes Protokoll beriefen, Inhalt deſſen der z. Sindermann im Gaſthauſe erklärt habe, er ſei regierungsfeindlich und werde der Regierung entgegenarbeiten. In der heutigen öffentlichen Sitzung hatte ſich der Sindermann durch Herrn Juſtizrath Krug vertreten laſſen, während für den Kreisauſchuff der Landrath Graf Feil das Wort nahm. Derselbe führte aus, daß ein weſentliches Erforderniß für ein Mitglied des Kreisauſchuffes die Achtung ſei, welche demſelben von den Kreis-Zuſaſſen geſollt werde. Die Achtung müſſe aber nothwendig eine weſentliche Minderung erfahren, wenn ein Mitglied generell äußere, es ſei regierungsfeindlich und werde der Regierung entgegenarbeiten. Zugleich gebe dieſe zu der dringenden Vermuthung Anlaß, daß dieſes entgegenarbeiten in der That geſchehen und ſomit eine Schädigung der von dem Kreisauſchuffmitglied zu vertretenden Kreisinterellen ſtatfinden werde. Daher müſſe ein betrieates Mitglied ſeines Amtes enthoben werden, wodurch übrigens das Recht der freien Meinungsäußerung nicht im Mindesten beſchränkt werde, die vernünftigen ſich immer nur auf beſtimmte regierungsmäßregeln beziehen könne, während dieſe generell geäußerte Feindſeligkeit einen offenbaren Mangel an Patriotismus involvire. Hierauf bemerkte Herr Juſtizrath Krug: Die im Geſetze ausgeſprochene Möglichkeit der Enthebung könne

auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden. Denn die in-
terimistische Aushilfe sei keine im Strafgesetzbuch verbotene, vielmehr
eine politische und der Gerichtshof könne nur dann Entscheidung
aussprechen, wenn das betreffende Kreisaußschußmitglied diejenige Quali-
fication verloren habe, welche zu seiner Wahl als erforderlich in der Kreis-
ordnung selbst vorgeschrieben sei. Ueberhaupt müsse aber, wenn eine Ent-
scheidung ausgesprochen werden solle, irgend eine positive Gesetzesvorschrift zu
Grunde gelegt werden, weil sonst der Willkür Thür und Thor geöffnet sei.
Deshalb müsse er principiell sich dagegen aussprechen, daß dem Antrage des
Kreisaußschusses stattgegeben werde, wenn er auch nicht leugnen wolle, daß
es den Mitgliedern desselben unangenehm sein könne, mit einem Kollegen
zusammen thätig zu sein, der derartige schroffe Gesinnungen habe. Im Uebrig-
en aber sei der thätigliche Sachverhalt unrichtig vorgegetragen. Eine An-
zahl Zeugen werden beauftragt, daß die dem Sondernann zur Last gelegte
Ausschreitung nicht wie behauptet, sondern folgendermaßen gelaute habe: „Ich
habe zwar clerical gewährt, ich bin darum aber noch nicht regierungsfeind-
lich.“ Der Gerichtshof beschloß die Zeugenvernehmung, woraus zu schließen
ist, daß derselbe sich zur Enthebung des Sondernann von seinem Amte als
Kreisaußschußmitglied für competent erachtete, wenn die Angaben der
übrigen Mitglieder des Kreisaußschusses als richtig erwiesen würden. Wir
werden seiner Zeit die Entscheidung mittheilen.

Breslau, 8. Februar. [Das Narrenfest des Handwerker-
Vereins] war für gestern Abend im Saal des Herrn Caffier's Springer
von Herrn Lindner arrangirt und sehr zahlreich, wie gewöhnlich, von Mit-
gliedern und Gästen besucht. Der Saal war mit Fahnen geschmückt. Nach
8 Uhr begann der Tanz, der ein buntes Maskengewühl durch einander wogen
ließ. Gegen 11 Uhr aber entwickelte sich der zweite Theil; der Festzug nahte.
In der üblichen Weise gingen ihm Harlekin, Pierrot und Herolbe voran mit
dem närrischen Musikcorps, dann folgte Plautius, ein ehrbarer Schuster,
dann Prinz Carnaval, der Narr, der Ceremonienmeister, Gründerfrauen, ver-
schiedene Handwerker der Zukunft, der überbaute Barbier aus dem „Knauf“,
Feindes, ein Volksbegleiter a. D., die „Schleifde“, „Breslauer“, „Kleine
Morgenzeitung“, „Schl. Volkszeitung“ und die „Normalkzeitung“, Richard Wager,
Drehstuhl, Clavierpauker, Minna Gaensel, Führerin der Amazonen mit ihren
zwei Genossinnen, Bazaine, Amale, Gambetta, ein unersetzliches Factotum (der
Vereinsbote Weber), des Handwerker-Vereins guter Geist, der Fragekasten, das
zu Tod gehetzte Nickenbrödel, die illustirte Straßenordnung, Pachtträger, Gambrius,
Unide, Ellenmalchen, die franz. Gloire, Zuade, Zulu, Napoleon der Kleine,
Chambord, Petroleum, ein Walfahrer, der Einsiedler von Bargin, ein schwe-
disches Damenquartett, ein Rindbühlchenjunge, Ausraria, der Sultan mit sei-
nem Schah, der Schah von Persien mit Minister und Sklave, russische Stu-
dentinnen, und Hulda, Zukunftschmicker, nebst vielem andern närrischen
Volk mit verschiedenen Emblemen gekennzeichnet. Nachdem der Zug den
Saal durchschritten, rollte der Vorhang der Bühne empor und das Festspiel
begann, das Herr C. Wienskowski verfaßt und: „Plautius das ver-
zehrte Sonntagsgeld, oder Breslau in 100 Jahren“ betitelt und Herr Lin-
dner arrangirt hatte. Die erste Scene zeigte Plautius, der vom Schmerz
der Gegenwart ergriffen, sich seufzte, zu wissen, wie es in Breslau in 100
Jahren stehen würde, da kommt Prinz Carnaval, der ihm als einem Son-
ntagsgeld das zu zeigen verheißt und ihn dann durch seine Getreuen in das
neue Reich der nächsten Zukunft einführen läßt, was sich ihm durch Bezgiehen
eines Vorhangs öffnet. Es werden ihm nun die meisten Personen des Zu-
ges der Reihe nach vorgestellt; die Gründerfrauen, nachdem sie den Gewinn
ihrer Eheherrn in Puz haben aufgehen lassen, als Trödelweiber des Carls-
platzes, die Handwerker der Zukunft, von denen der Fleischer seinen Vorrath
in Fiebig's Fleischtracht, der Bäcker, der seine aus Lust gebakenen Semmeln
präsentirt und der Schuhmacher Winter, der seine Stiefeln durch eine Dampf-
mühle fabriciren läßt. In ähnlicher humoristischer Weise werden dann die
übrigen Personen des Zuges vorgestellt und besprochen, der „Barbier aus
dem Knauf“, der seine schaurige Geschichte als Ballade durch das
Fenster erzählt, Minna Gaensel mit ihren zwei Amazonen u. c. u.
Wir müßten ein halbes Buch in Anspruch nehmen, wenn wir die zahlreichen
Scherze, die Herr Wienskowski in dieses Festspiel verweben hat, wieder-
zählen wollten und heben darum nur „des Vereines guten Geist“, Herrn
Sanitätsrath Dr. Eger und den Fragekasten hervor, welcher letzterer als Auto-
mat die gestellten Fragen in launiger Weise von selbst beantwortet, „Ausraria“,
die mit ihrer Fahne die Einheit Deutschlands und Oesterreichs feierlich ver-
kündet und die „russischen Studentinnen“, die ihr freies Leben in Jülich
nach der Melodie „Ein freies Leben führen wir“ besingen. Endlich darf
auch Hulda, der Zukunftschmicker nicht fehlen, der dem etwas schläfrig ge-
wordenen Plautius mit einem Blasebalg neue Lebenskraft einbläht. Nach
Schluß des Festspiels zog der Zug noch einmal durch den Saal, und
wurde dann der Tanz fortgesetzt, der gegen 2 Uhr nochmals durch eine Car-
navales-Überrauschung unterbrochen wurde. Um jene Zeit erschienen nämlich
eine Anzahl Turner in Uniform der alten preussischen Grenadiere mit Wehr
und Waffen, aber — auf Stielen, exercirten und führten verschiedene Geo-
nitionen aus, nach denen sie noch Turnübungen ohne Stab zur Freude der
schaulustigen Narren machten, dann traten Tanz, Kränze und Schmauserei
in ihre Rechte, die ermüdeten Mitglieder und Gäste geistig erfrischten, die
noch einen von Herrn A. Freihan gedichteten Handwerkervereinsfestlichen
Liedertanz sangen, in welchem auch noch verschiedene Narren u. c. u. komisch
gegeselt, zum Schluß der Narrenzeit dennoch ein Hoch gebracht wurde.

Breslau, 7. Febr. [Bezirksverein der Stadtheile süd-
lich der Verbindungsbahn.] In der letzten Sitzung machte Herr Kauf-
mann Gottwald die erfreuliche Mittheilung, daß an maßgebender Stelle
die Ansicht vorliege, in nächster Zeit die Kleinbürgerstraße zu pflastern. Ein
gleiches Bedürfnis liege zwar bei der Neudorfstraße auch vor, aber hier scheine
eine Pflasterung vorläufig noch ein frommer Wunsch zu bleiben. Die fol-
gende Besprechung der Trottoirfrage ergab das Resultat, daß in den im
Bezirksbezirk gelegenen Straßen diese Angelegenheit in einer unangenehmen
Verwirrung sich befinde, weil die Niveauverhältnisse durchweg ungeordnete
seien. Betreffend die Pflasterung, Canalisation und Verbindung der Neudorf-
straße vor und hinter der Verbindungsbahn durch eine Unterführung der
Straße unter der betreffenden Bahn wurde auf Antrag des Herrn Gott-
wald einstimmig beschlossen, an den Herrn Polizei-Präsidenten v. Uslar-
Gleichen eine Deputation, bestehend aus den Herren: Maurermeister Bock,
Kaufmann Wienanz, Kaufmann Döring und Krawczynski, zu senden,
welche um Angabe der Mittel und Wege bitten soll, durch welche obiger
Zweck am sichersten erreicht werden könne. Ein Antrag des Herrn Ror-
delt, die Postbehörde zu ersuchen, die Verlegung der Briefkästen in den an-
nectirten Stadttheilen gleichzeitig mit denen in der alten Stadt auch Son-
ntags um 6½ Uhr Abends vornehmen zu lassen, wurde gleichfalls angenom-
men. Gegenüber einem Antrage der Adjacenten der Neudorfstraße, welcher
dabin geht, dem Magistrat die Proposition zu machen, daß für den Fall der
Pflasterung überall Granitsteine gegen Erstattung der halben Kosten seitens
der Adjacenten gelegt würden, wurde beschlossen, weitere Schritte einer neuen
noch in diesem Monat einberufenden Versammlung vorzubehalten, in wel-
cher zunächst die Deputation über ihren Besuch beim Herrn Polizei-Präsi-
dentem referiren soll. Der am Schluß der Versammlung von Herrn Gottwald
gestellte Antrag, dem Hül für Obdachlose einen bestimmten Betrag aus der
Vereinskasse zu gewähren, wurde zurückgezogen und statt dessen eine Sam-
mlung am Stiftungsfeste für diesen Zweck in Aussicht gestellt.

Breslau, 8. Februar. [Pestalozzi-Verein.] Derselbe hielt in
diesen Tagen unter dem Vorsitz des Herrn Rector Dietrich in Kunze's
Local eine General-Versammlung ab, in welcher zunächst von dem Schrift-
führer des Vereins, Hauptlehrer Heidrich, der Jahresbericht pro 1873
erstattet wurde. Nach demselben darf der Verein auch auf das nunmehr
vollendete 4. Jahr seiner Wirksamkeit mit Befriedigung zurückblicken. Nicht
nur liefen sich seinem gemeinsamen Liebeswerke immer zahlreicher auch
diejenigen Kollegen an, welche demselben bisher noch fern standen, sondern
dasselbe findet auch außerhalb der Lehrerkreise eine mehr und mehr sich stei-
gernde Anerkennung und dankenswerthe Unterstützung. Der Bericht constatirte
aber auch, daß trotz der scheinbar besseren Lage in welche die Hinterbliebenen
der Lehrer durch die auf 50 Thlr. p. a. erhöhte Wittwen-Pension gebracht
worden, doch noch viele derselben der Hilfe in hohem Grade bedürftig sind
und daß bei vielen, wenn sie ohne alle Unterstützung bleiben, einige traurige
Verluster eintreten müß. Was wollen auch täglich 50 Pfennige bei
den gegenwärtigen Preisverhältnissen sagen für eine Witwe, die es als eine
Pflicht der Dankbarkeit und Pietät gegen den verstorbenen Gatten betrachtet,
ihre Kinder in einer dem Stande des Dahingegangenen würdigen Weise zu
erziehen. Trotz der angestrengtesten Thätigkeit und der härtesten Entbehrungen
fällt so manche dennoch zuletzt der öffentlichen Armenpflege anheim. Und
noch dazu erhalten nicht einmal alle Wittwen die in Rede stehende Pension.
Von den durch den Verein unterstützten ca. 30 Wittwen empfangen 8 die-
selbe nicht, weil ihre verstorbenen Männer aus irgend einem Grunde nicht
in der Lage waren, der Wittwenkasse beizutreten. Unter ihnen befinden sich
zwei 80jährige blinde Greisinnen, von denen die eine durch Striden einen
tätigen Unterhalt erwirbt, da die 2 Thlr., welche sie aus der städtischen
Armenkasse monatlich erhält, kaum für die Miete ausreichten, während die
andere, die noch dazu von Gicht geklammert ist, ihre Bedürfnisse mit jährlich
2 Thlr. bestreiten soll, die sie aus der Schummel'schen Wittwenkasse erhält.

Solche Thatsachen, deren der Bericht noch weitere hinzufügt, rechtfertigen es
sicher, wenn der Verein auch auf Beihilfe aus Nichtlehrerkreisen rechnet und
sich der Hoffnung hingibt, daß sich immer mehr edle, von Gott mit zeitlichen
Gütern begabte Herzen finden werden, die bereit sind, ihn in seinem Werke
der Warmherzigkeit zu unterstützen. — Die Zahl der Mitglieder des Vereins
ist im v. J. von 244 auf 270 gestiegen, von denen 45 nicht dem Lehrstande
angehören. Von den 225 Lehrern und Lehrerinnen gehören 1 der jüdischen,
56 der katholischen und 168 der evangelischen Confession an. Die Beiträge,
deren Höhe eine freiwillige ist, variiren zwischen 5 Sgr. und 5 Thlr. jährlich.
30 Mitglieder haben im Laufe des Jahres dieselben erhöht. Unterstützt wurden
31 Wittwen und 7 Waisen durch Beträge von 7 Thlr. 15 Sgr. bis 16 Thlr.
15 Sgr., zusammen 328 Thlr. — Nach dem vom Kassirer, Lehrer Peuckert II.,
erstatteten Kassenbericht betrug die Einnahme des Vereins incl. der von der
Provinzialklasse überwiesenen Unterstützungs-Dividenden 333 Thlr. 13 Sgr.
3 Pf., die Ausgaben dagegen beliefen sich auf 343 Thlr. 27 Sgr. 11 Pf.,
darunter 15 Thlr. 27 Sgr. 11 Pf. an Verwaltungsausgaben, so daß der Verein
am Schluß des Jahres ein Deficit von 10 Thlr. 14 Sgr. 8 Pf. zu decken
hatte. In Geschenken gingen dem Vereine zu von einem ungenannten
Freunde desselben 10 Thlr., von der Loge „Horus“ 15 Thlr., von der Loge
„Friedrich zum goldenen Zepher“ 10 Thlr., von Herrn Kunze 2 Thlr. Die
vereinigten Landeslogen“ zahlte dem Vereine einen jährlichen Beitrag von
5 Thlr. — Dem Kassirer wurde, nachdem die Rechnung durch die Herren
Rector Sped., Lehrer Dürr und Scholz geprüft worden war, Decharge
ertheilt. — Bezüglich der diesjährigen General-Versammlung des Provinzial-
Pestalozzi-Vereins soll an den Central-Vorstand der Antrag gerichtet werden,
dieselbe auf Pfingsten zu verlegen und mit der allgem. deutschen Lehrer-Ver-
sammlung zu verbinden. Der Orts-Ausschuß für die letztere soll ersucht
werden, bei dem zu veranstaltenden Concerte ein Entree zum Besten des
Pestalozzi-Vereins zu erheben. Schließlich machte der Vorsitzende noch die
erfreuliche Mittheilung, daß dem Vereine seit Anfang dieses Jahres bereits
50 neue Mitglieder beigetreten sind, darunter eine erhebliche Anzahl Lehrer
aus dem Breslauer Landkreise. Als Agenten für die letzteren werden fun-
giren die Herren Wienwald in Garsdorf und Kostentzsch in Domschau.

J. H. Breslau, 7. Februar. [Pädagogischer Verein.] In der am
4. Februar abgehaltenen Plenar-Versammlung gab der Director des Lehrer-
Seminars zu Münsterberg, Herr Holtz, dem Vereine die Ehre, einen
Vortrag zu halten über das Thema: „Die pädagogischen Studien des
im Amte stehenden Volksschullehrers.“ Auch Nichtmitglieder hatten
sich zu dieser Sitzung in großer Zahl eingefunden, so daß die Versammlung
aus mehr als 100 Lehrern bestand. War doch das Thema, über welches
der geehrte Vortragende sprechen wollte, ein Thema, welches jeden Lehrer
mächtig anzog.

„In deiner Brust findest du ein Sternchen.“ Auch die Sterne deines
beruflichen Glückes suchst du nie in dir! — Von diesem Gedanken aus-
gehend, legte der Vortragende zunächst dar, daß berufliche pädagogische Stu-
dien für jeden Lehrer eine Nothwendigkeit seien. Das, was die begab-
testen Völker des Alterthums durch ihre besten Geister auf dem Gebiete der
Pädagogik geschaffen, — das, was die größten Männer der neuen Zeit, was
die Geistesheroen der pädagogischen Literatur hinterlassen: das darf keinem
Lehrer ein verschlossenes Buch bleiben! Für den Lehrer, der praktische
Pädagogik treibt, ist es wohl schön, wie der Matrose im Masthölzchen weite
Umschau halten zu können und durch das Studium der Pädagogik in ihrer
historischen Entwicklung lernen zu können, wie die Pädagogik allmählig
geworden das, was sie heute ist. Doch schöner ist's, Steuernmann sein, als
Matrose; und besser als Umsicht in die Ferne ist's, durch das Studium
der Pädagogik in ihrer theoretischen Entwicklung Einsicht gewinnen in die
Quellenwerke. Die Quelle finden sich nur in den Quellenwerken,
nur selten bringt ein Auszug eins von den Goldsörnen, von welchen jene
Quellen nicht erfüllt. Die Werke Rousseau's, Herbart's, Pestalozzi's — der
Meister legt in ausführlicher Weise den Charakter der pädagogischen Gedanken
dieser Männer dar — diese Werke muß jeder Lehrer lesen, doch sie
verstehen „in ihren Tiefen“ wird nur der, der Jahre lang an ihren
Quellen schöpft. Ja, Quelle sind's, welche die vergangenen Jahr-
hunderte dem Lehrer in den Schoß geworfen.

Doch seine er sich nicht bloß in ihrem Glanze er sehe sich in ihrem Spie-
gel, beobachte sich in ihrem Lichte! Der Blick, der sich gesenkt durch
das Studium der Pädagogik in ihrer historischen und theoretischen
Entwicklung, der prüft scharf das eigene Thun. Der Blick, der sich zurück-
gewandt zu den vergangenen Zeiten und sich gesagt: „So machst du sie!“ —
Der frage dann: „Und wie machst du?“

Und die Vorbereitung zu jeglicher Stunde praktischer Pädagogik mache
die Fehler, welche die strenge Selbstbeobachtung im Lichte historischen
und theoretischen Studiums als Fehler erkannt, verschwinden. Die Vorbere-
itung glatte und ebene, und sicherlich ruhet nicht, wer streng sich spiegelt
in den Büchern, die die herrlichen Meister geschaffen. Zu jeglicher Stunde
schlage er nach theoretischen Büchern, indem er ihre Winke und Rathschläge be-
achtet, wird er sich nähern den Meistern, — erreichen wird er sie nie!
Wer so durch stete Selbstbeobachtung im Amte sich prüft, durch
Vorbereitung aus theoretischen Schriften täglich im Unterrichte es besser
zu machen sucht, und durch unausgesetztes, stilles Studium der Quellen-
schriften sich täglich näher bringt dem Geiste Pestalozzi's, Dittes, Diefen-
wegs, — der wird, wenn er am Ende von gewissen Zeitabschnitten in seiner
Praxis rückwärts schaut und Früchte sucht, wo er gepflanzt, er wird —
„in deiner Brust findest du ein Sternchen!“ — er wird sie finden und
glücklich sein!

Die Versammlung folgte dem geistvollen, in Form und Inhalt vollendeten
Vortrage mit dem gespanntesten Interesse und lohnte den geehrten Redner
am Schluß mit dem lebhaftesten Beifall.

„[Geburten und Mortalität.]“ Im Laufe der letzten verfloffenen Woche
sind hievorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 90 Kinder männ-
lichen und 99 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 189 Kinder, wovon
125 außerehelich; als gestorben 60 männliche und 68 weibliche, zusammen
128 Personen incl. 11 todtgeborener Kinder.

Breslau, 9. Februar. [Kreistag.] In dem am 6. d. Mts.
hier angestanden, sehr zahlreich besuchten Kreistage wurde zuerst über die
Verwendung und Vertheilung des aus Staatsmitteln gewährten Fonds von
3121 Thlrn. zur Bekleidung der Kosten des Kreisaußschusses und der Kreis-
Verwaltungen berathen und auf Grund der Vorberichte des Kreisaußschusses
beschlossen: auf Miete für die Geschäfts-Localitäten 240 Thlr., für Bureau-
bedürfnisse 560 Thlr., auf außergewöhnliche Ausgaben 500 Thlr. zu berechnen,
und den Rest per 1821 Thlr. nach Maßgabe der Seelenzahl auf die einzelnen
Amtsbezirke zu vertheilen. In Betreff der Beschaffung der Geschäfts-Locali-
täten für den Kreisaußschuß genehmigte die Kreis-Versammlung in Er-
wägung, daß der Ankauf eines Haus-Grundstückes und die Herstellung
resp. Einrichtung der erforderlichen Localitäten in demselben bedeutende
Summen erfordern würde, den Vorschlag des Ausschusses; die vom Herrn Land-
rath Salice-Contessa in seinem Hause durch Aufsehen eines Stockwerkes nach
Maßgabe einer vorgelegten Zeichnung herzustellenden Geschäftslocalitäten zu miethen,
weil dadurch die beiden Büreaus des Landraths-Amtes und des Kreis-Aus-
schusses in mündelnswerther Nähe und Verbindung bleiben können. Gegen
wurde dem Vorschlage des Kreisaußschusses zugestimmt, daß dessen Mitglieder
Diäten für die Sitzungen nicht zu beanspruchen, sondern nur Meilengelder
(20 Sgr. pro Meile) zu beziehen haben. Betreffs der Anstellung eines Secre-
tairs für den Kreisaußschuß, Beschaffung eines Boten, Reinigung und Ge-
zung der Localitäten u. c. hat der Kreisaußschuß mit Herrn Landrath Salice
Contessa vorläufig auf ein halbes Jahr, also bis ult. Juni c., eine Verein-
barung dahin getroffen, daß derselbe gegen Gewährung eines jährlichen
Pauschquantums von 436 Thlr. den Secretair, Boten, die Reinigung und
Gezung der Localitäten u. c. beschafft, welchem Abkommen die Kreisversammlung
zustimmte. Betreffs der Verwendung der Kreiswegebau-Gelder pro 1874
schlug der Kreisaußschuß vor, von den jährlich in Höhe von 2600 Thlr. auf-
zubringenden Kreiswegebau-Geldern zunächst, wie bisher, für unvorbelegene
Fälle 600 Thlr. zu reserviren, demnach dem Wegeverbande Dieritz-Wallen-
dorf auf 3 hinter einander folgende Jahre jährlich 450 Thlr. zur Reparatur
der dort bereits bestehenden Kreischauffee und zur Herstellung einer dergleichen
neuen Kreischauffee zugumewen und den Ueberrest zum allmählichen Ausbau
der alten Kempener Straße über Kaulwitz in der Richtung nach Droschlan,
jedoch mit der Maßgabe zu verhandeln, daß von Kaulwitz aus nicht der
directe Weg nach Clausche ausgebaut, sondern der Bau in der Richtung
nach Clausche mit Hereinziehung der Droschlan-Schmogen in Ausführung
gebracht wird. Auch diesen Vorschlägen stimmte die Kreisversammlung zu.
Nach den auf Grund des § 167 der Kreisordnung vorgenommenen Neu-
wahlen der verschiedenen Kreis-Communal-Verwaltungen wurde wegen Ausschreibung
der Kreis-Communal-Beiträge pro 1874 beschlossen, die erste Rate derselben
nach Maßgabe des Kreis-Communal-Kassen-Stats pro 1874 auszuscheiden.
Die Frage, ob Mittel zur Durchführung der allgemeinen Verteilung der
Feldmaße im hiesigen Kreise zu bewilligen seien, wurde verneint und zum
Schluß der von dem Herrn Minister des Innern mitgetheilte Entwurf der
Geschäftsordnung mit geringen Abänderungen genehmigt.

+ Dess, 8. Febr. [Die Aufhebung der Freischule.] Unsere
Schul-Commission hat einen Beschluß gefaßt, dessen Ausführung dem hiesigen

Schulwesen zum großen Nachtheil gereichen wird, nämlich die Aufhebung der
Frei- oder Armenchule und die Einziehung der Schüler derselben in die zu
bildende 6klassige Elementarschule. Die Nachteile dieser Anordnung für das
hiesige Schulwesen sollen hier kurz dargestellt werden. Die Freischule wurde
auf Veranlassung des Schulrathes Michaelis hievorts gegründet. Dieser
Mann hat auch etwas vom Schulwesen verstanden und hat die Nothwendig-
keit einer solchen Anstalt klar erkannt. Die Ursachen, welche damals gelaufen,
bestehen noch heute, ja sie sind viel dringender geworden. Dazu tritt, daß
der größte Theil der Schüler der Freischule aus verschiedenen Gründen nicht
einmal das Ziel der 6klassigen Schule erreicht. Ihre Aufnahme in die sechs-
klassige Schule wird also ein fortwährender Hemmschub für ein gezieltes
Fortschreiten sein. Um den strebsamen Schülern der Freischule gerecht zu
werden, ist auf Veranlassung des früheren Superintendenten Hohensthal
die Anordnung getroffen worden, daß diese, sobald sie das Ziel der Freischule
erreicht hatten, in die Elementarschule verlegt wurden. Eine Schädigung
derselben durch das Fortbestehen der Freischule ist also ausgeschlossen. Ferner
hätte vor Fassung dieses Beschlusses die Befragung, als Vorrage, erledigt
sein müssen. Wie soll, da die Klassenzimmer in drei verschiedenen Gebäuden
entfernt von einander sich befinden, ein Ueberschreiten beim Wechsel der
Unterrichtsstunden stattfinden, da man in den Oberklassen aus verschiedenen
Gründen über das Fachsystem nicht hinwegkommen kann! Zudem werden die
150 Schüler der Freischule die unteren Klassen der Stadtschule überfüllen
und ein gezieltes Fortschreiten unmöglich machen. Diese Ueberhäufung
wird noch dadurch vermehrt werden, daß dann der Zugang der Osnern ein-
tretenden Kinder (circa 100), sich nicht mehr, wie jetzt auf drei, sondern nur
auf zwei Lehrer vertheilt. Es gehört wenig Prophetengabe dazu, vorherzu-
sehen, daß in zwei, höchstens drei Jahren diese geschilderten Uebelstände der-
artig angewachsen sein werden, daß die Schul-Commission an eine neue Um-
formung des Schulwesens wird herangehen müssen. Wenn die Schul-Com-
mission über die beabsichtigten Maßnahmen ein Gutachten des Lehrer-Collegiums
eingeholt hätte, so wäre ein derartiger Beschluß vielleicht vermieden worden,
man hat es aber bis jetzt nicht einmal für nöthig befunden, die Lehrer von
dem beabsichtigten Reformwerke in Kenntniß zu setzen. — Den Stadt-
verordneten aber, deren Verdienst es schon oft gewesen ist, die
am grünen Tische gemachten Fehler corrigirt zu haben, wird
die Aufgabe obliegen, die zur Ausführung der neuen Ein-
richtungen erforderlichen Geldmittel so lange zu verweigern,
bis jener das Schulwesen schädigende Beschluß wieder aufge-
hoben ist.

= ch = Oppeln, 8. Februar. Der gestrige Abend vereinigte in den
statlichen Räumen des Regierungs-Gebäudes eine glänzende Gesellschaft zu
einem von dem Regierungs-Präsidenten Herrn v. Hagemeister gegebenen Balle,
welcher durch die getroffenen Arrangements das ähnliche Fest des vorigen
Jahres an Eleganz und Opulenz noch übertraf. Auch der Herr Ober-Präsi-
dent Freiherr v. Nordenskiöld beehrte die Assemblée mit seiner Anwesenheit
und neben Vertretern des großen Grundbesitzes, des Militärs und der In-
dustrie bildeten die Landräthe des Departements und die Mitglieder des
Regierungs-Collegii mit ihren Angehörigen die Gesellschaft, die in gehobener
Feststimmung bis weit über Mitternacht vereinigt blieb.

[Notizen aus der Provinz.] * Liegnitz. In der Nacht zum 9.
Februar hat der Sturm an einzelnen Häusern beträchtlichen Schaden ange-
richtet.

+ Freistadt. Ein Colporteur machte unlängst im hiesigen Kreise seine
Rundreise, um Subscribenten auf mehrere, im Verlage einer Berliner
Buchhandlung in Lieferungen erscheinende Schriften zu sammeln, als:
Die Spree-Prälaten. — Gründer von Berlin. — Rosenkreuzer. — Der
Legte vom 4. Regiment. — Seine Zudringlichkeiten blieben in der Stadt
ohne Erfolg, desto reichlichere Ernte hielt er bei der Landbevölkerung
und fand viele derselben gründlich „reingefallen“. Ohne Verstand-
niß von dem Inhalt des ihnen vorgelegten Reverses zu haben, unterschrieben
sie denselben und verpflichteten sich sonach, auf die Schriften zu subscribiren,
10 Sgr. gegen Empfangnahme der ersten beiden Lieferungen sofort, das
Uebrige bei Ueberlieferung der anderen Lieferungen zu zahlen und der Ver-
lagshandlung das Recht einräumend, diese Summen durch Postvorschuß ein-
zuziehen. Von dem Werth oder Unwerth des ganzen Werkes bei Durchsiefung
der ersten Lieferung hinlänglich überzeugt, verweigerten viele der Subscriben-
ten die Annahme der nachfolgenden Heftsendungen, sowie die Zahlung des
Postvorschlusses, und dies hatte zur Folge, daß seitens der Buchhandlung nicht
weniger als 75 Bagatell-Processe beim hiesigen Kreisgerichte anhängig ge-
macht worden sind. (St. A.)

Posen, 9. Februar. [Ein seltener Zugvogel.] Sonnabend
Nachmittag weilte hieselbst der bekannte Redacteur der „Germania“,
Herr Paul Majunke, welcher von seinem Freibillet als Reichstags-
mitglied Gebrauch machte, um seine Verwandten bei Grottkau in
Schlesien zu besuchen. Er fand leider Alles in der größten Ruhe
und dürfte höchstens darüber in die größte Aufregung gerathen sein.
Was wird wohl Herr Sonnemann zu einer solchen Benutzung des
freien Reichstagsmitglieds-Fahrbilletts sagen? (Std. 3.)

**Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-
Sternwarte zu Breslau.**

Februar 9. 10.	Nachm. 2 U.	Mds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	327 ⁷ / ₇₂	326 ⁶ / ₆₈	328 ⁹ / ₉₈
Luftwärme	— 3 ¹ / ₁	— 3 ¹ / ₁	— 7 ¹ / ₁
Therm. 99 bei per ult.	1 ¹ / ₄₂	1 ¹ / ₃₄	0 ¹ / ₈₇
Dunstfättigung	95 pCt.	89 pCt.	85 pCt.
Wind	W. 2	W. 2	W. 1
Wetter	bedeckt, Schnee.	bedeckt, Schnee.	trübe.

Breslau, 10. Febr. [Wasserstand.] D. B. 4 M. 24 Cm. U. P. — M. — Em-
eis stand.

Berlin, 9. Febr. Im gestrigen Privatverkehr war das Geschäft mäßig
bei unentschiedener Haltung. Creditactien 139½ — 139½ — 139½ bez. und
Br., Franzosen 194 — 194½ — 194½ bez., Lombarden 93 — 93½, Silberrente
66 — 66½ etw. bez., per Cassa, Papierrente 61½ bez. u. Gd., per Cassa,
Italiener 99 bez. per ult., Ruten 38½ — 39 bez. per ult., Rumänier 41½
bis 41½ bez. u. Br., Galizier 102½ —, Nordwestbahn 114½ bez., Köln-
Mindener Stammactien 139½ bez. u. Br., Disconto-Commandit-Gesellschaft
164½ — 163½ Gd., Dortmunder Union 74 bez., Laura- und Königsbütte
167½ — ½ bez., Oberschle. Lit. A. 160 bez., do. Lit. B. 143 bez., Rechte
Oderuferbahn 122½ Gd., Breslau-Freiburg 101 Gd., Aachen-Mastricht 36½
bis ½ bez., Rüttich-Limburg 23½ bez. u. Gd., Essener Credit 62 bezahlt,
Gellg. 43 bez.

Bei Eröffnung der heutigen Börse wollte es nicht den Anschein gewin-
nen, als würde die Geschäftstheorie eine bessere werden; die Neigung zur
matten Stimmung waltete wiederum vor und die Umsätze vollzogen sich
träge und äußerst schwermüthig. In der ersten Börsenhälfte ge-
wann die Haltung aber schon eine günstigere Färbung und befiel
diese bis zum Schluß; mit der zunehmenden Festigkeit vergrö-
ßerte sich auch der Umfang des Verkehrs. Der Ausgangspunkt für
dies Besserung war allerdings nur sehr fraglicher Natur, denn es galt als
ein solcher nur die Vermuthung, daß die diesmahlige Wocheneinnahme der
Lombardischen Südbahn ein sehr günstiges Resultat aufweisen soll. Die
Speculation suchte dies Verzicht in der Weise aus, daß sie durch umfang-
reiche Saufgeschäfte den Cours etwa um einen Thaler hob. In Folge dessen
traten auch Oester. Creditactien und Franzosen in regeren Verkehr und letzten
ebenfalls eine Courseavance durch. In sehr fester Haltung bewegten sich die
Oester. Nebenbahnen, namentlich trat für Galizier gute Kauflust auf. Oester-
reichische Nordwestbahn blieb unverändert, Dux-Bodenb. und Elisabeth-West-
bahn zogen an. Für auswärtige Fonds war die Stimmung im Allgemeinen
sehr fest. Oesterreichische Renten ziemlich belebt. Ruten schloßen nach eini-
gen Schwankungen mit einer kleinen Avance gegen ihre Anfangsnote, auch
Amerikaner zogen in einzelnen Devisen an. Von russischen Werthen waren
Prämien-Anleihen beliebt, Bahnen rege und Rsd.-Strl.-Anleihen anziehend.
Preussische und Deutsche Fonds blieben still und erlitten wenig Ver-
änderungen. Köln-Mindener Prämien-Antheile lebhaft. Sämmtliche
Prioritäten trugen eine sehr feste Physiognomie. Durch rege Umsätze bebor-
zugt erschienen Vergische 4 pCt. und Verg. C., Kresfeld-Kreis-Rempen, Halle-
Soraue, Oesterreichische Staatsbahn, 3 pCt. (besonders alte) und 5 pCt.
Lombardische neue und 5 pCt. Ferd. Nordbahn und Rajkau-Deberg. Auf
dem Eisenbahnactienmarkt war die Thätigkeit eine eingeschränkte, schwere
Devisen eröffneten in matter Haltung, gewannen später aber an Festigkeit,
von leichten Bahnaactien waren Dux. Südbahn beliebt, Berliner Nordbahn,
Oderhessen, Schweiz. Union und Rumän. ziemlich belebt und fest, Bancactien
verhielten sich sehr ruhig und behaupteten meist ihr Courseniveau. Preuß.
Bodencreditanf., Gewerbebank, Handelsgesellschaft (hunge), Pröventen- und
Handelsbank, Mecklenb. Hypothek. Mecklenb. Bodencreditanf. und Sprit-B.
Bredde lebhaft und anziehend, Niederlausitzer Bank wiederum steigend, Ber-
liner B. nfterein etwas gewichen, Disconto-Commandit 164½, ultimo 164 —

